Mittwoch, 13. Oktober 1926 · 74. Jahrgang Nr. 483

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Hausfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Kraftung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 11gespaltene Zeile 80 Pfennig für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 2440 bis 2467; für den Fernverkehr Nr. 4267 bis 4268. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 521. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67—68, Wiener Straße 1—5, Frankfurter Allee 36, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Straße 103, Greifswalder Straße 197, Kochhannsstraße 8.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Straße 79, Fennstr. 1, Müllerstrasse 135, Badestrasse 61, Königstrasse 56—57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 66, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrnstr. 39, Nürnberger Str. 25—26, Kaiser-Allee 20; Friedenau: Rheinstr. 16; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1—2, Roskoffs Berliner Str. 41, Hermannstr. 85—86, Kaiser-Friedrich-Str. 247—48; Pankow: Berrheimer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8, Schöneberg, Hauptstr. 25—24, Martin-Luther-Str. 9, Stegitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grillkorstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 58, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 51—52; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 48; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburgerstr. 32; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Schnelldienst

Wie ein Funkspruch meldet, wird Sir Ronald Lindsay, der Nachfolger Lord d'Abernons als englischer Botschafter in Berlin, zu Beginn nächsten Monats seinen neuen Posten übernehmen.

Der Reichsratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen zu einer Sitzung zusammen.

Die Hamburger Regierung hat das Rüliasche Vermittelungsangebot zustimmend beantwortet, während in der Groß-Hamburger Frage die Stellungnahme Preußens zurzeit noch nicht vorliege.

Die von der United Preß verbreitete Nachricht, wonach die polnische Regierung am Sonnabend, 9. Oktober, eine scharfe Protestnote nach Moskau gesandt hätte, in der der russisch-litauische Freundschaftsvertrag als eine Verletzung des Friedensvertrages von Riga bezeichnet wird, entspricht nach Informationen des V. T. B. an polnischer zuständiger Stelle nicht der Wahrheit.

In Gera (Thüringen) wurde die erste Reichskonferenz der Textilarbeiterinnen eröffnet.

Die Zahl der englischen Bergleute, die die Arbeit wieder aufnehmen, ist seit gestern um 2000 auf 217 877 gestiegen.

Schwäbische Kreise des rumänischen Banats veranstalteten eine deutsche Kulturwoche in Temesvar, an der aus dem Reiche Chefredakteur Dr. Karl Hoeber (Köln), Universitätsprofessor Dr. Max Meinertz (Münster in Westfalen), Reichstagsabgeordneter Universitätsprofessor Dr. Georg Schreiber (Münster i. W.) und Reichstagsabgeordneter Ministerialrat August Wegmann mitwirkten.

Krallen einziehen!

Die Ritter schließen das offene Visier

Als „Fazit" einer Serie von „vaterländischen" Einigungsartikeln, die ein deutschnationales Blatt seit Monaten brachte, erschien jetzt ein nicht ganz neuer, aber raffinierter Vorschlag. Der wiederholten Feststellung, daß die „nationale Einigung" noch immer nicht erzielt sei, folgt die Aufforderung, ganz von vorn, gewissermaßen mit dem A. B. C. anzufangen. Man müsse sich auf „viele Jahre" bis zur Erreichung des „nationalen Deutschlands" einrichten, später wird gesagt, ungefähr 15 Jahre. Bis dahin alles verstecken, was man heute offen predigt, ins Geheimkabinett der „Erziehung" verlegen!

Im einzelnen: Nicht mehr vom „kriegerischen Geist" reden! Das ist unpopulär, weil die Volksmassen den Frieden wollen. „Es muß also alles kriegerische Kampfgeschrei vermieden werden." — Nicht mehr monarchistisches Bekenntnis! Die Abneigung gegen den „Unfug der vier Dutzend Fürstenhäuser" sei im Volke „immerhin so stark", daß „die breiten Massen schwer oder gar nicht für die nationale Bewegung zu gewinnen sein werden, solange sich diese monarchistisch gebärdet." „Wer also Monarchist ist, soll es für sich sein." — Nicht mehr „heroische Weltanschauung" verkünden! „Was der wertvollste Kern der Bewegung ist, wird hier zum Verhängnis." Warum? Weil die „Führereuneinigkeit" daher stammt, weil jeder der „Held" sein möchte, weil jeder zwar „den sehnlichen Wunsch hat, das Vaterland zu retten, aber doch wohl auch, den eigenen Namen mit goldenen Lettern einzutragen ins Buch der Geschichte", und weil durch diesen Konkurrenzstreit der „Helden" die uneinige Ohnmacht entstehe. — Mehr „sozialer" reden! „Stockkonservative, Großagrarier, unsoziale Feudalmenschen", aus der Front zurückziehen! „Niemals werden die Massen für eine Bewegung gewonnen, wenn sie sich nicht ausgesprochen sozial einstellt". — Die Ungeduld der Jugend zähmen, als ob schon „heute" oder „morgen" das „Ziel" zu erreichen sei! „Kalte Selbstbeherrschung, zähe Ausdauer und Vertrautmachen mit dem Gedanken, daß es noch volle 15 Jahre dauern kann, bis wir uns das Deutschland bauen, das heute nur als Sehnsucht lebt."

Aha! Also: die kriegerischen, monarchistischen, antisozialen Krallen vorläufig einziehen, damit die „Masse" (hinzugedacht wird natürlich „blöde"!) nicht merkt, wer wir sind! 15 Jahre schauspielern mit der friedlichen und sozialen Maske, so tun, „als ob", kaltherzig abwarten, bis wir dem eingelullten Volke wieder das Fell über die Ohren ziehen und ohne Maske in wahrer herrschsüchtiger Gestalt dastehen und alles an uns reißen können! Denn aufgegeben wird ja dieser Plan nicht, die feudalen Ritter bleiben ganz die Alten. Aber es ist gut, daß sie uns das schon jetzt verraten. Das zu betrügende Volk kann sich danach einrichten. Und es hat immerhin einen Trost: die schon heute von der Menschheitsentwicklung überholten Ritter werden nach 15 Jahren erst recht als verrostete Gestalten im Museum stehen.

Die Rheinlandordonnanzen werden revidiert

Die Rheinlandkommission hat nunmehr dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete einen genauen Plan über die von ihr beabsichtigte Generalrevision der Ordonnanzen für die besetzten Gebiete zugehen lassen. Bereits nach dem Abschluß der Verträge von Locarno hat die Rheinlandkommission eine Revision dieser Ordonnanzen vorgenommen. Nachdem nunmehr Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erfolgt ist, legt sie Wert auf eine endgültige Bereinigung der für das besetzte Gebiet geltenden Bestimmungen,

Auszug der Kommunisten

Widerliche Szenen in der gestrigen Landtagssitzung — Unnötige Verschärfung der Geschäftsordnung Annahme des Hohenzollern-Vergleichs in zweiter Lesung

Es ist schon richtig: der neue Hohenzollernvergleich befriedigt nicht. Weder wirtschaftlich-materiell noch politisch. Und es ist zu verstehen, wenn in der Bevölkerung, wenn bei den 14½ Millionen Wählern, die für die Enteignung der Fürsten gestimmt haben, Unwillen über das Abkommen herrscht. Selbst in katholischen Kreisen wird der Vertrag bemängelt. Eine in Schweidnitz von dem Zentrumsabgeordneten Lange-Dittersbach auf dem Bezirkstag der katholischen Kaufleute Deutschlands eingebrachte Entschließung, die Einzelheiten des Vertragsentwurfes bemängelt und Abhilfe verlangt, wurde einstimmig angenommen. Das ist vielsagend. Daß in den unter der Not der Zeit besonders schwer leidenden Massen, insbesondere unter den Erwerbslosen, Empörung über die 383 000 Morgen Land und die 15 Millionen Mark herrscht, welche der Familie Hohenzollern verbleiben sollen, ist begreiflich.

Nachdem der Reichstag versagt hatte, mußte von Preußen der Versuch gemacht werden, diese leidige Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Dieses Versagen des Reiches darf nicht übersehen werden, will man die Dinge, die jetzt in Preußen zur Debatte stehen, gerecht beurteilen. Der Reichstag hat auch in der langen Sommerpause nichts getan, was die Hoffnung rechtfertigen konnte, eine neue Inangriffnahme des Problems der Fürstenabfindung werde im Spätherbst ein besseres Ergebnis als im Sommer haben. So mußte Preußen handeln, da sonst nach Ablauf des Sperrgesetzes die Gerichte nach allen bisherigen Erfahrungen den Hohenzollern 100 Prozent zugesprochen hätten.

Der Vergleich ist, wie gesagt, unbefriedigend. Man hätte deshalb den Versuch machen können, in einer sachlich ins Einzelne gehenden Beratung die schlimmsten Mängel des Vergleiches zu beseitigen, und hätte es darauf ankommen lassen können, ob die Hohenzollern eine Ablehnung des geänderten Vergleiches gewagt hätten. Aber es ist ein Jammer, daß eine sachliche Opposition gar nicht versucht wurde. Die Sozialdemokraten beschränken sich auf Stimmenthaltung, und die Kommunisten auf üblen Radau. Ihre Vertreter haben keinen Schimmer sachlicher Kenntnisse, und sie glauben, durch wüste Exzesse eine Opposition vortäuschen zu können. Aber Roheit ist nie ein Argument. Gestern haben sie alles Dagewesene überboten. Der Abgeordnete Abel, ein Mann, der seinen Lohn in einem Staatsbergwerk nur weiterbezieht, weil sich der sozialdemokratische Abgeordnete Osterroth für ihn verwandte, entblödete sich nicht, die Frau dieses Abgeordneten ordinär zu beschimpfen, und als ihn der Abgeordnete Osterroth daraufhin einen Strolch nannte, schlug er nach ihm. Er wurde des Saales verwiesen. Es war die erste Ausweisung, der bald leider noch mehrere folgen sollten.

Die Kommunisten beantragten bei jedem Paragraphen Aenderungen. Ueber diese und über die einzelnen Paragraphen selber beantragten sie namentliche Abstimmung. Auch wenn ihre Anträge hilflose Unkenntnis verrieten, so gibt ihnen doch die Geschäftsordnung das Recht zu einer Obstruktion.

Es war darum vom Zentrum verfehlt, den Antrag einzubringen, nicht, wie das stets üblich ist, über die Abänderungsanträge zuerst abzustimmen, sondern sofort über die Regierungsvorlage. Zwar enthält die Geschäftsordnung keinerlei Bestimmungen über die Reihenfolge der Abstimmungen, doch wird in allen Parlamenten über Abänderungsanträge zunächst abgestimmt.

Als das Haus anders beschloß, entstand ein Exzeß, wie ihn der Preußische Landtag noch nicht erlebt hat. Nach längerem wüsten Wortwechsel stürmten die Abgeordneten Jendrosch, Skjellerupp und Eppstein die Tribüne. Sie und ein halbes Dutzend Nachläufer eröffneten plötzlich ein Bombardement mit Aktenbündeln, Pultkästen, Bleistiften und sonstigen Utensilien auf den amtierenden Vizepräsidenten und die diensttuenden Schriftführer. Ein Kommunist riß eine schwere Tafel los und warf sie gegen den alten sozialdemokratischen Schriftführer Brecour. Vizepräsident Garnich und Schriftführer Molkenthin erhielten Pultladen ins Kreuz. Ein ohrenbetäubender Lärm entstand. Die Sitzung wurde unterbrochen, der Aeltestenrat trat zusammen.

Bei der Wiedereröffnung schloß Vizepräsident Garnich auf Grund eines Beschlusses des Aeltestenrats die Abgeordneten Eppstein, Jendrosch und Skjellerupp für 20 Tage und den Abgeordneten Kollwitz für acht Tage aus. Sie gingen nicht, von selber, sondern mußte erst die Polizei gerufen werden. Als freilich drei Kriminalbeamte erschienen, ergriffen die Ausgeschlossenen das Hasenpanier. Neue Tobsuchtsanfälle der äußersten Linken folgten; Herr Eberlein und die Kommunistin Krüger wurden ausgewiesen. Dann gab Herr Pieck, der nicht gerade geschickte Feldmarschall dieser Obstruktion, den Kampf auf. Er zog mit den Seinen aus dem Saale und in kurzer Zeit konnte der Rest der zweiten Lesung erledigt werden. Am Freitag soll die dritte Lesung stattfinden. Hoffentlich bleiben dem Lande und dem Landtag ähnliche Rüpelszenen wie gestern erspart. (Siehe S. 3.)

Dreifacher Raubmord in Oranienburg

Ein 76jähriger Greis und seine 66jährige Frau durch Messerstiche getötet — Die 43jährige Tochter bei der Ueberraschung des Mörders von diesem erschossen — Der Täter ein Verwandter

Gestern nachmittag 7½ Uhr wurden der 1850 geborene frühere Postsekretär Friedrich Dobrindt, seine Ehefrau Anna, 1860 geboren, sowie die 1883 geborene Tochter, die frühere Kontoristin Käthe, in ihrer Wohnung in Oranienburg, Königsallee 62, Vorderhaus 1 Treppe, ermordet.

Während die Tochter der alten Leute Besorgungen zum Abendbrot in der Stadt machte, war ein 22jähriger, angeblich berufsloser Mann, in die Wohnung der alten Leute eingedrungen und hat die in dem Bett liegende Frau Anna durch Messerstiche getötet, ebenso den dazukommenden Ehemann. Er versuchte dann die Wohnung auszurauben. Während dieser Zeit kam die Tochter der alten Leute vom Einholen zurück und überraschte den Täter in der elterlichen Wohnung. Dieser stürzte sich sofort auf das Mädchen und verletzte es ebenfalls durch mehrere Messerstiche. Da die Ueberfallene laut um Hilfe rief, und sich zur Wehr setzte, schoß er sie über den Haufen. Durch das Geschrei wurden die Leute im Hause aufmerksam und benachrichtigten die Oranienburger Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Grabow erschien mit seinen Beamten an dem Tatort. Der Täter war, nachdem er Geld und Geldeswert zusammengerafft hatte, geflohen. Die Berliner Kriminalpolizei und die Mordkommission wurden alarmiert.

Unter der Leitung des stellvertretenden Chefs der Kriminalpolizei, Regierungsrats Dr. Schulz, eilte die Mordkommission mit den Kommissaren Trettin und Hartwig sowie den Beamten des Erkennungsdienstes nach Oranienburg, um hier die Fahndung nach dem entkommenen Mörder aufzunehmen. **Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um einen entfernten Verwandten, einen berufslosen Mann, namens Müller.**

Der Pensionär Dobrind war fast vollkommen erblindet, seine Frau seit Jahren gelähmt, sie konnte sich nicht mehr bewegen, so daß sie ans Bett gefesselt war. Unten im Hausflur stellte sich dem Mörder ein Hausbewohner entgegen. Als er Miene machte, den Burschen anzufassen, versetzte ihm dieser mehrere Dolchstiche, die ihn jedoch anscheinend nicht gefährlich verletzten. Im Hausflur kam der Mörder zu Fall, er richtete sich jedoch wieder auf und lief vor die Tür, wo sich mehrere Männer auf ihn warfen. Jedoch konnte sich der Verbrecher noch einmal losreißen und seine Waffen ziehen, so daß ihm die Flucht in den nahen Wald gelang.

Der Täter mußte mit den näheren Verhältnissen in der Dobrindschen Familie vertraut gewesen sein, denn er hatte einen mitgebrachten Pappkarton und sein eigenes Bild in der Küche niedergelegt.

Der Mörder verhaftet

Der unter dem Verdacht, den dreifachen Raubmord in Oranienburg begangen zu haben, stehende Verwandte der Ermordeten, Karl Ernst Müller, 22 Jahre alt, ist nach seiner Flucht durch die sofort alarmierte Gendarmerie und Ortspolizei in Teerofen bei Rassenheide verhaftet. Müller wird von Rassenheide noch in der Nacht im Auto durch die Kriminalpolizei nach Oranienburg eingeliefert und von der Mordkommission und dem Amtsgerichtsrat Vogel im Amtsgericht vernommen.